



2018/13 Thema

<https://www.jungle.world/artikel/2018/13/keine-durchdachte-strategie>

Clara Brandi, Ökonomin, im Gespräch über die Konsequenzen von Handelskriegen

»Keine durchdachte Strategie«

Interview Von **Carl Melchers**

Die EU-Mitgliedstaaten bleiben vorläufig von den Strafzöllen der US-Regierung ausgenommen. Ein Handelskrieg hätte jedoch auch für nicht direkt beteiligte Staaten Folgen. Clara Brandi, Mitarbeiterin am Forschungsprogramm

»Transformation der Wirtschafts- und Sozialsysteme« am deutschen Institut für Entwicklungspolitik, im Gespräch über Nutzen und Schaden von Strafzöllen und die politischen Interessen hinter ökonomischen Maßnahmen.

Kann man sagen, dass ein Handelskrieg eine Form von Weltkrieg ist?

Man muss aufpassen mit dem Kriegsbegriff. Noch sind wir nicht in der Nähe eines Handelskriegs. Noch geht es in den USA um Zölle auf Aluminium und Stahl, die in die USA importiert werden, und damit nur um einen Bruchteil der US-Wirtschaft. Auch die Zölle, die die EU als Gegenmaßnahme anvisiert hatte, wären nur Nadelstiche. Das ist noch lange kein Krieg.

Heißt das, es geht mehr um symbolische Akte?

Ja. Diese Kriegsmetapher wird verwendet, um zu verdeutlichen, dass es schon um viel gehen kann. Jetzt geht es vielleicht um kleine Sparten; wenn sich das ausweiten sollte, wäre es aber ein recht schwerwiegendes Problem.

Bisher heißt es ja nur, bei uns würden Jeans und Erdnussbutter teurer werden. Aber wie schnell kann so ein Konflikt eskalieren?

Es kommt darauf an, wie schnell die Länder aufeinander reagieren, wenn sie nicht nur Drohungen von sich geben, sondern auch Taten folgen lassen. Es ist ein schmaler Grat, an welchem Punkt man sich nicht provozieren lässt, um eine Eskalation zu vermeiden, oder zurückschlägt, um nicht als ohnmächtig dazustehen. Es kann schon recht schnell gehen, dass die EU oder China zu Gegenmaßnahmen greifen. Dann ist die Frage, wie stark das die Verbraucher und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dem Land betrifft.

Deutschland wäre beispielsweise, weil es nicht mehr viel Stahl exportiert, von den Zöllen gar nicht so stark betroffen. Aber wenn Trump seine Drohung wahr macht, Zölle auf deutsche Autoimporte zu erhöhen, dann betrifft das die hiesige Wirtschaft stark. Es geht um sehr viele Arbeitsplätze und man kann davon ausgehen, dass es zu Arbeitslosigkeit

und Kurzarbeit führt.

Trump stellt sich gerne als Freund der Stahlarbeiter dar. Nutzen diese Zölle am Ende wirklich?

Das Problem ist, dass es keine durchdachte Strategie ist. Trump und viele seiner Berater glauben, dass das sinnvoll ist. Was das genau für Folgen hat, hängt davon ab, wie der Markt im Speziellen funktioniert. Wenn die USA Importzölle auf Stahl und Aluminium erheben, dann tragen die erhöhten Kosten verschiedene Parteien. Zum einen werden die Exporteure ihre Margen verringern, also einen Teil der Kosten auf sich nehmen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Aber es steigen trotzdem die Kosten in den USA – und zwar nicht zu knapp. Es stimmt, dass dieser winzig kleine Anteil der Gesamtbeschäftigten, diese rund 100 000 Stahlarbeiter in den USA, von dem Protektionismus profitieren können. Aber es gibt ja auch eine große stahlverarbeitende Industrie in den USA, die dann mit höheren Preisen kämpfen muss. Dieser Industriezweig wird weiter Stahl und Aluminium importieren müssen, da die USA ihren Bedarf nicht allein decken können. Dort arbeiten wesentlich mehr Menschen, die wären davon direkt betroffen. Die Strategie ist gar nicht so sehr »America first«, wie es auf den ersten Blick erscheint. Es ist eine spezifische Maßnahme, die nur diese 100 000 Stahlarbeiter schützt, aber insgesamt für die US-Wirtschaft negative Folgen hat. Da sind sich die Ökonomen weitgehend einig.

Welche Konsequenzen hätten die die Maßnahmen der EU ?

Da ist es ähnlich. Es betrifft spezielle Branchen in den USA, weil deren Produkte teurer werden, wenn sie in die EU importiert werden. Das bekommen natürlich auch Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa zu spüren, wenn Jeans und Erdnussbutter teurer werden. Interessant ist, welche Produkte die EU in den Blick genommen hat. Das sind US-Produkte, die vor allem in Gegenden produziert werden, wo viele Trump gewählt haben. Umgekehrt ist der Vorstoß Trumps bei den Stahl- und Aluminiumzöllen sicher eine Maßnahme gewesen, um die Wahlkampagne des republikanischen Kandidaten für einen Sitz im Repräsentantenhaus, Rick Saccone, in Pennsylvania zu unterstützen. Das ist nun nicht gelungen. Es zeigt aber, dass es nicht nur um Wirtschaft, sondern auch um die politische Dimension geht.

Trump und seine Berater haben eine typisch merkantilistische Einstellung. Sie denken, Exporte sind gut, weil man etwas im Ausland verkauft, und Importe sind schlecht, weil es bedeutet, dass Geld ins Ausland geht. Aber so wird schon lange nicht mehr produziert. Heutzutage werden viele Produkte gar nicht mehr in einem Land allein produziert, sondern die Einzelteile werden in unterschiedlichen Ländern hergestellt.

Was unterscheidet den nun drohenden Handelskrieg von früheren?

Es gab in der Nachkriegszeit immer wieder kleine Konflikte zwischen Europa und den USA. Etwa im Jahr 1955, da ging es um Hähnchen und Autos. Den einzigen wirklich großen Handelskrieg gab es nach der Weltwirtschaftskrise ab 1929. Da war es tatsächlich so, wie es heute manche als Horrorszenario an die Wand malen. Länder haben sich abgeschottet und Zölle erhoben, so dass die Weltwirtschaft noch tiefer in die Krise rutschte, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Gab es in diesem Krieg Gewinner?

Volkswirtschaftlich gesehen gab es nur Verlierer. Allerdings muss man sagen, dass die

Welt sich verändert hat. Es gab damals keine Institution, die sich um diese Fragen gekümmert hat, wie es heute die Welthandelsorganisation (WTO) tut. So dramatisch wie damals kann das heute kaum werden, weil die multilateralen Verhandlungen im Rahmen der WTO dafür gesorgt haben, dass es Abkommen zwischen allen WTO-Mitgliedsstaaten gibt, die gewissen Obergrenzen für Zollerhöhungen setzen. Ein Abrutschen wie damals ist insofern weniger zu befürchten. Umso bedenklicher ist, dass Trump dieses System immer wieder grundlegend in Frage stellt.